

Sozialistische Hochschulzeitung

4/14

#79 · SOZIALISTISCHE GRUPPE (SG) · HOCHSCHULGRUPPE ERLANGEN/NÜRNBERG
WWW.SOZIALISTISCHEGRUPPE.DE · SG@SOZIALISTISCHEGRUPPE.DE

Wem gehört die Ukraine?

Der Streit um die Ukraine eskaliert. Und alle Welt weiß, dass es da allein um die Frage geht, wohin die Ukraine „gehört“: „zu uns“, nach Europa oder zu Russland. Was dieses „Gehören“ so alles einschließt, braucht nicht weiter zu interessieren, nachdem das Geschehen erst unter die Formel „Gewalt gegen friedliche Demonstranten“, dann, nach dem Putsch gegen die Janukowitsch-Regierung und nach der russischen Reaktion, unter die parteiliche Direktive „Sicherung der ukrainischen Integrität gegen gewaltsame russische Übergriffe“ – kurz: wieder einmal „Freiheit gegen Unterdrückung“ subsumiert worden ist.

Bei der westlichen Lesart – das Volk der Ukraine will nach Europa und begehrt auf gegen ein „korruptes Regime“, das den Staat wieder unter die russische Knute führen will – kommt die Substanz des Streits ein bisschen zu kurz. Wieso mündet der Dissens über ein ‚Freihandelsabkommen‘ in Aufruhr und den Sturz der Regierung? Wenn schon

„unerhörter wirtschaftlicher Druck“ aus Russland die ukrainische Unterschrift verhindert haben soll, warum lehnten es dann die Euro-Politiker kategorisch ab, die Ukraine mit ökonomischen Zugeständnissen von diesem Druck zu entlasten? Warum haben sie stattdessen alles getan, die politischen Gegensätze in der Ukraine so weit aufzurühren, dass jetzt die gewaltsame Spaltung des Landes droht? Worum geht es, wenn der Fall Ukraine kaum ein paar Monate nach dem Scheitern des Abkommens mit der EU zum kriegsträchtigen Streitfall zwischen Nato und Russland wird? Das wird wohl so ein Fall von „Verantwortung in einer globalisierten Welt“ sein, von der Merkel und Kollegen im Verein mit den USA behaupten, dass die Welt sie von „uns“ erwartet. ●

Diskussionsveranstaltung: siehe letzte Seite!
Lesetipp: Analyse der Zeitschrift Gegenstandspunkt – siehe Kasten im Innenteil!

Work-Life-Balance bei BASF

Neue Hilfen für den deutschen Chemiewerker „zu seinem Unterhalt und zur Fortpflanzung seiner Rasse“

BASF, einer von Deutschlands internationalen Vorzeige-Konzernen, eröffnet Ende 2013 unter viel öffentlichem Hallo in Ludwigshafen ein „Mitarbeiterzentrum für Work-Life-Management“. Die Firmen-Verantwortlichen haben nämlich ein allgemein verbreitetes Problem entdeckt: „Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren, ist eine große Aufgabe und Herausforderung.“ (Info-Broschüre) Und zwar ausdrücklich nicht nur für die wertvollen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern auch für das Unternehmen, das gut daran tut, sich um Angebote für die Bewältigung dieser Herausforderung zu kümmern. Denn: „beide Seiten profitieren davon, wenn es gelingt... Nur so können wir alle gemeinsam das beste Team bilden – zum Erfolg unseres Unternehmens.“ Das Geheimnis liegt den

BASF-eigenen Experten zufolge in der richtigen „Balance“ zwischen „Arbeit und Privatleben. Das ist die entscheidende Grundlage für Zufriedenheit und Leistungsfähigkeit. Davon profitieren Beschäftigte und Unternehmen gleichermaßen.“

Wenn nun schon über die positive Wirkung einer gelungenen Work-Life-Balance für alle Beteiligten keinerlei Zweifel bestehen – „Leistungsfähigkeit der Mitarbeiter erhalten, Arbeitssicherheit erhöhen, Fehlzeiten senken“ – bleibt nur noch die Frage, worin die offenbar immerzu prekäre Balance von Arbeit und Privatleben nach Auffassung der BASF eigentlich besteht und wie man sie am besten herstellt.

Work

Auf der Seite Work gibt es zunächst ganz viel, woran im Sinne der Balance einfach nichts zu ändern ist. Hier heißt der Zweck nicht „Balance“, sondern laut offenerherziger Auskunft der Firma „Unternehmenserfolg“ = wachsender Profit, und von dem aus definiert allein die Firma, was die Leute zu leisten haben. Dass das nicht wenig, sondern viel und immer mehr ist, versteht sich von selbst. Denn der Erfolgsmaßstab des Unternehmens ist der eines Weltmarktführers:

„Um überall auf der Welt Chancen auf profitables Wachstum zu nutzen, ist die BASF in mehr als achtzig Ländern mit Gesellschaften vertreten und liefert Produkte an eine Vielzahl von Geschäftspartnern nahezu überall auf der Welt.“ „BASF will ihre Position als weltweit führendes Chemieunternehmen weiter ausbauen. Wir bauen damit auf den erfolgreichen vergangenen Jahren auf und ha- →

DISKUSSIONSVERANSTALTUNG

„Globalisierung“

Der Weltmarkt als Sachzwang –
der Universalschlüssel der Rechtfertigung
für Staat und Kapital

Dienstag, 6. Mai, 20:15 Uhr, Stadtteilzentrum Desi, Brückenstraße 23, Nürnberg

Wissenschaftskritik

Vortragsreihe SS 2014
1/2

Politologie

Ein Nachdenken –
nicht über den Staat, sondern für den Staat

Referent: Dr. Peter Decker (Nürnberg)

Dienstag, 29. April 2014
19:15 Uhr im Kollegienhaus, Raum 1.016,
Universitätsstraße 15, Erlangen

Was soll man von einem Fach halten, das von politischer Herrschaft handelt und sie auch so nennt, jedoch die Frage nach dem *Warum und Wozu der bestimmten politischen Herrschaft*, die es hier und heute gibt, gar nicht erst stellt? In seiner kleinsten, einführenden Abteilung erfindet es sich einfach den Menschen als wilde Bestie, die sofort über ihresgleichen herfallen würde, wenn es ihr nicht verboten wäre. Zugleich erfindet sich das Fach seine merkwürdige Bestie auch als so vernünftig, dass sie einsieht, dass ihre Natur unterdrückt werden muss, damit sie in Frieden leben kann. Die widersprüchliche Konstruktion einer Menschennatur zielt gar nicht auf eine Erklärung der bestimmten, wirklichen politischen Herrschaft, sondern rechtfertigt gleich jede Form von Herrschaft als notwendig und vernünftig angesichts der Unvernunft der Menschen.

In seiner ebenfalls kleinen, kritischen Abteilung ersetzt das Fach die fällige sachliche Frage durch das *idealistische Bemühen um eine Definition guter Herrschaft*. Dass die Menschen in der modernen Welt von einem Gewaltmonopol, also von monopolisierter Gewalt in Schach gehalten, zum Gehorsam gegen den Staat und zu dem vorgeschriebenen Verkehr untereinander gezwungen werden, kommt auch diesen Fachvertretern nicht merkwürdig vor. Das Faktum gilt ihnen als eine Selbstverständlichkeit: Herrschaft braucht es nun einmal – es kommt nur darauf an, dass sie gut organisiert, gut ausgeübt und für gute Ziele eingesetzt wird.

In ihrer größten, realistischen oder empirischen Abteilung wünscht die Politologie der existierenden politischen Herrschaft einfach gutes Gelingen. Statt ihr Erkenntnisobjekt zu analysieren, sorgt sie sich um dessen Erfolg: Wie steht es mit den Bedingungen der Stabilität des politischen und internationalen Systems? Was könnte sie bedrohen? Wie sind Konflikte zu managen? Wie lassen sich gegensätzliche Ansprüche der Bürger zu einem einheitlichen Staatsprogramm amalgamieren; wie die allfälligen Enttäuschungen neutralisieren; wie staatliche Kontroll- und Legitimitätsverluste vermeiden?

Einer Wissenschaft, die solchen Fragen nachgeht, fehlt das erste, was von Wissenschaft zu fordern ist: Die nötige Distanz zu dem Objekt, das sie untersucht. Sie ergreift gleich Partei für es, will Ratgeber der Politik und damit nützlich sein für die politische Herrschaft, die sie zu erklären hätte. Deshalb ist sie auch blind dafür, dass ihr Gegenstand selbst Index verkehrter und schädlicher gesellschaftlicher Verhältnisse ist. Dass in diesem universitären Fach nicht nur parteilich, sondern auch falsch nachgedacht wird, soll der Vortrag an einigen Beispielen politologischer Theorie und Praxis aufzeigen.

Geschichte

Die Verwechslung von Begriff und Genese

Historiker erzählen weder einfach, wie es einmal gewesen ist, noch erklären sie vergangene oder gegenwärtige Formen von Staat, Ökonomie und Gesellschaft für sich. Sie wollen „die gegenwärtige Welt als historisch gewordene“ verstehen. Die Erklärung ihrer Gegenstände suchen sie in deren Vorgeschichte. Die Ursprünge halten sie für Ursachen. Und weil die Gegenwart und das nationale Selbstbild sich immer wieder ändern, schreiben Historiker die Geschichte, aus der sie die Gegenwart sinnvoll finden, circa alle 20 Jahre um.

Donnerstag, 22. Mai 2014

19:15 Uhr im Kollegienhaus, Raum 1.016,
Universitätsstraße 15, Erlangen

→ *ben ehrgeizige Ziele für die Zukunft definiert.*“ Entsprechend haben die Mitarbeiter von BASF nicht nur *viel* Arbeit; letztere hat zunehmend auch die Eigenschaft „*dicht*“ – und das bleibt nicht ohne Folgen: „*Tatsächlich habe die Verdichtung der Arbeit Probleme mit sich gebracht, die neu sind.*“ (FAZ, 9.11.13)

Auf dieser Grundlage können sich die Mitarbeiter im neuen Zentrum jetzt beraten lassen, wie sie auf dieser Seite der Waage umschichten können. Bei aller Unverrückbarkeit des Firmenzwecks und seiner Sachnotwendigkeiten findet sich nämlich doch einiges, was geht. So kann die Firma ihren Mitarbeitern z.B. folgende schöne Entdeckung über die Handhabbarkeit des Arbeitsortes unterbreiten:

„*Nicht alle Aufgaben Ihres Arbeitsalltags erfordern unbedingt die Anwesenheit am Arbeitsplatz. Durch Telearbeit können Sie Ihre Aufgaben ganz oder teilweise von zuhause aus erledigen und erhalten auf diese Weise wertvolle Flexibilität für die Einteilung Ihrer Arbeit.*“ (Broschüre)

Wie schön, dass nicht jeder jederzeit das Büro mit sich vollstellen muss, wenn er die anfallende Arbeit auch außerhalb desselben erledigen kann – um auf diese Weise sich und der Firma den Gefallen zu tun, seine „*wertvolle Flexibilität*“ zu steigern.

Ähnliches geht auch in Sachen *Arbeitszeit*. Wenn die schon von immer weiterer „*Verdichtung*“ geprägt ist, dann steht das Mitarbeiterzentrum z.B. dafür bereit zu prüfen, ob und wie sie sich – in Kombination mit einer Flexibilisierung des Arbeitsortes – in kleine und immer kleinere Einheiten zerstückeln und im Rahmen von Gleit-, Teil- und sonstigen Arbeitszeitmodellen hin und her verschieben lässt. Sodass *Work* wirklich nur so viel Zeit von *Life* auffrisst, wie die Produktivität der Firma verlangt. Und dieses *Life* hat es ja seinerseits in sich:

Life

Der Zweck der Firma ist gesetzt, sein Erfolg unterstellt – das ist *Work*. Dem unterziehen sich die Mitarbeiter wegen *ihres* Zwecks – *Life*. Dafür, fürs geschätzte Privatleben, legen sie sich ins Zeug und in der Firma krumm. Was sie mit dem Geld, das ihnen der Job bringt, und der Zeit, die er ihnen lässt, anstellen, ist denn auch ihre *private* Angelegenheit, geht also die Firma erst einmal überhaupt nichts an. Wie überhaupt niemand anderen. Das ist ja der Sinn von „*Privatleben*“ – einerseits.

Was daran privat ist und was nicht – darüber macht sich zumindest die BASF andererseits

überhaupt nichts vor.

„*Egal ob Lebenskrise, Pflegefall, finanzielle Schwierigkeiten, Konflikte am Arbeitsplatz, Probleme mit Suchtmitteln oder Depression – das LuCare-Team, zusammengesetzt aus Experten der BASF-Sozialberatung, steht den Ratsuchenden zur Seite. Jede Lebensphase hat ihre eigenen Themen. Als Unternehmen liegt uns viel daran, unsere Mitarbeiter mit diesen Themen und damit verbundenen Herausforderungen nicht allein zu lassen, sondern sie zu begleiten und zu unterstützen.*“

In der Form der Aufzählung von „*Lebensphasen*“ und den jeweils dazu gehörenden „*Themen*“ reden die Zuständigen von BASF ziemlich abgeklärt darüber, wie wenig individuell, bunt und frei ausgesucht es zugeht, wenn „*unsere Mitarbeiter*“ das Werkstor Richtung Freizeit hinter sich lassen:

Erstens weiß der fürsorgliche badische Arbeitgeber – Stichwort „*finanzielle Schwierigkeiten*“ –, dass er das Privatleben, in das er seine Leute nach Dienstschluss entlässt, nicht unwesentlich durch die Finanzausstattung prägt, die er ihnen dafür mitgibt: Seine Lohnfindung orientiert sich nun einmal nicht an den individuellen Bedürfnissen und Vorlieben der Empfänger, sondern am „*profitablen Wachstum*“ von BASF; wie umgekehrt die Preise, die die BASFler davon bezahlen müssen, das – schon wieder – „*profitable Wachstum*“ derer befördern sollen, die die Preise verlangen: also ganz sicher nicht danach gestaltet werden, wie gut das Lohnkonto der Konsumenten ausgestattet ist.

Zweitens ist der Konzern mit seinen „*Experten der BASF-Sozialberatung*“ genauso wie mit Angeboten zur Kinderbetreuung, zur Hilfe bei der Bewältigung von Pflegefällen usw. darauf eingestellt, dass er das Privatleben seiner Arbeitskräfte nicht nur durch die von BASF gesetzten finanziellen und zeitlichen Bedingungen in deutliche Schranken weist, sondern dass auch der Inhalt der Freizeit einigermaßen fremdbestimmt ist: Wenig ist zu sehen von frei gewähltem und ausgestaltetem Familienglück, aber viel von familiären *Notwendigkeiten*, die den Einzelnen offensichtlich regelmäßig überfordern. Von der Kindererziehung bis zur Pflege alter Angehöriger, überall in seinem Alltag trifft der Privatmensch auf Anforderungen teils gesetzlicher, teils allgemein sittlicher Art, die ihm das Leben schwermachen: Lauter gesellschaftliche Einrichtungen, die nicht danach funktionieren, wie es die Betroffenen am leichtesten oder überhaupt nur am erträglichsten fänden, sondern neue Sachzwänge dafür stiften, dass der Mensch auch funktioniert.

Zu den modernen Sitten und Gebräuchen, die das private Glücksstreben so stereotyp und in so vorhersehbarer Weise zu einem privaten Lebenskampf machen, gehört schließlich drittens eine äußerst fatale Manier, mit den Widrigkeiten und Gemeinheiten des „*Alltagslebens*“ umzugehen. So nämlich, dass die freie Privatperson *sich* in die Pflicht nimmt, mit allen „*Herausforderungen*“ fertig zu werden: Eine für das gesellschaftliche System äußerst bequeme Manier, das seinen Reichtum für bessere Sachen verwendet als für ein leichtes Leben seines Fußvolks. Nur ist sie eben sehr strapaziös und nicht selten seelisch ruinös für die Leute, die eigentlich nichts weiter als von ihrem Leben etwas haben wollen. Die werden dann gerne depressiv, verschaffen sich ihren Lebensgenuss per Suchtmittel – und das ist für das große Ganze dann doch nicht so bequem. Denn dann funktionieren sie nicht mehr so recht und Aufgaben, die die Gesellschaft von ihren Privatleuten erledigt haben will, bleiben liegen. Am Ende leidet dann auch noch die Arbeit, weil die betreffenden Leute irgendwann keine Lust mehr

haben, sich per Arbeit um ein schönes Leben zu bemühen.

Das ist es dann, das *Life*: Eine Ansammlung von Lasten, kleinen Schwierigkeiten bis großen Katastrophen, so stereotyp, so vorhersehbar, dass die BASF für alles garantiert einen Experten parat hat, wenn die „*Ratsuchenden*“ kommen. Wie das Arbeitsleben von hinten bis vorn auf einen Zweck hin durchgetaktet ist, der vollständig bei der Firma und ihrem Profit liegt, so ist die gefeierte private Gegenwart dazu letztlich nur die zweite Hälfte einer Existenz, die *durchgehend* bestimmt ist vom gesellschaftlichen System des Geldverdienens und der sozialen Verpflichtung auf Brauchbarkeit und reibungsloses Funktionieren. *Das* macht so manchen *unbrauchbar*. Nicht bloß fürs private Glück, sondern auch noch für den Job. Und *dabei* will die Firma es nicht belassen. Sie kümmert sich um die **Balance**

– um eine Lebenshilfe für Werksangehörige, die punktuell oder generell, psychisch oder sonstwie, befristet oder überhaupt, das Funktionieren nicht mehr hinkriegen.

Eine interessante Gunst.

Was die menschenfreundliche Firma nicht ruhen lässt, das sind der Sache nach *notwendige Konsequenzen* eines gesellschaftlichen Systems, zu dessen *Säulen und Nutznießern* sie gehört. Mit der Hochglanz-Angeberei in Sachen Wachstum seiner hier und in aller Welt produzierten und realisierten Gewinne führt der Konzern sich stolz als *Profiteur* der herrschenden Verhältnisse vor, in denen alles aufs Geld ankommt. Konfrontiert ist er damit, dass diese Verhältnisse auch für seine Belange ein paar Schattenseiten produzieren: in Form von Mitarbeitern, deren Belastbarkeit für das „*Work*“ im wunderbaren Anilin- und Soda-„*Team*“, für das die Firma sie bezahlt, zu wünschen übrig lässt. Den Widerspruch will BASF aus-„*balancieren*“. Und zwar auf die einzige Art und Weise, wie das systemgemäß und systemgerecht zu machen ist: *an den Betroffenen*. Wer sie braucht, kriegt Lebenshilfe dafür, *an sich selbst* die Balance zwischen der Last des Jobs und den Drangsalen privater Daseinsbewältigung so hinzukriegen, *das „es“ klappt*. Wenn Arbeit und Privatleben zwei jeweils für sich nach Ansprüchen und Bedingungen komplett definierte Sphären des Lebens und damit nun einmal so sind, wie sie sind, und wenn sie als solche *einander* in die Quere kommen, dann muss *der Mensch sich* so herrichten, dass alles aufgeht, was es an Ansprüchen beider Sphären an ihn gibt.

Wie die Hilfe dann aussieht, ist ziemlich klar: Wo die Zeit nicht reicht, um alle Verpflichtungen abuarbeiten, nimmt die Firma ihren Angestellten die Kinder schon mal ab oder richtet das kompensatorische Krafttraining gleich neben der Werkshalle resp. im Büroturm ein oder schickt einen Sozialarbeiter vorbei. Und wo's grundsätzlich wird, da spendiert sie eine Runde „*Sozialberatung*“, die dem Mandanten Angebote macht, wie *er für sich* einen Weg aus seinem Lebensunglück findet, dessen mangelnde Bewältigung ihn sonst womöglich auch noch sein Lebensmittel, den Job, kosten könnte: Angebote, *sich* als „*Balance*“-Problem zu definieren, um selber wieder „*ins Gleichgewicht*“ zu kommen.

Wie schön für den Chemieriesen, dass viele Betroffene dieses Angebot dankbar als Hilfe annehmen. Der Wille, brauchbar zu bleiben und dafür Belastungen auszuhalten, ist anscheinend ziemlich belastbar; und brauchbar sowieso. Dass es BASF allein darum geht, dass das „*Work*“ flutscht, das müssen ihre Helfer noch nicht einmal verschweigen. ●

Papst verdammt Kapitalismus!

Neulich im Sommer vergangenen Jahres ertete der Papst großen Beifall der hiesigen Öffentlichkeit dafür, dass er das Elend der Flüchtlinge anprangerte und von den politischen Verantwortungsträgern mehr praktizierte Mitmenschlichkeit einforderte. Seitdem hat Franziskus nichts von dem „*Elan, Politik und Gesellschaft zu beeinflussen*“ (Beise, SZ, 30.11.13) verloren. Wie es ihm als Stellvertreter seines allmächtigen Herrn aufgetragen ist, guckt er in die Welt, um zu urteilen, „*was eine Frucht des Gottesreiches sein kann, und auch, was dem Plan Gottes schadet.*“ (Evangelii Gaudium, Apostolisches Schreiben des Heiligen Vaters, 24.11.13) Diesmal trifft sein heiliger Zorn eine nicht gerade unbedeutende Sphäre des gesellschaftlichen Lebens, die kapitalistische Geldwirtschaft, was ihm jetzt allerdings weniger Applaus als vielmehr eine ziemlich deutliche Abfuhr aus deutschen Redaktionsstuben einbringt. Diese verdankt sich der Radikalität, mit der der Papst auf den Kapitalismus losgeht und ihn verurteilt:

„*Ebenso wie das Gebot ‚du sollst nicht töten‘ eine deutliche Grenze setzt, um den Wert des menschlichen Lebens zu sichern, müssen wir heute ein ‚Nein zu einer Wirtschaft der Ausschließung und der Disparität der Einkommen‘ sagen. Diese Wirtschaft tötet. Es ist unglaublich, dass es kein Aufsehen erregt, wenn ein alter Mann, der gezwungen ist, auf der Straße zu leben, erfriert, während eine Baisse um zwei Punkte in der Börse Schlagzeilen macht. Es ist nicht mehr zu tolerieren, dass Nahrungsmittel weggeworfen werden, während es Menschen gibt, die Hunger leiden. Das ist soziale Ungleichheit. Heute spielt sich alles nach den Kriterien der Konkurrenzfähigkeit und nach dem Gesetz des Stärkeren ab, wo der Mächtigere den Schwächeren zunichte macht. Als Folge dieser Situation sehen sich große Massen der Bevölkerung ausgeschlossen und an den Rand gedrängt: ohne Arbeit, ohne Aussichten, ohne Ausweg. Der Mensch an sich wird wie ein Konsumgut betrachtet, das man gebrauchen und dann wegwerfen kann.*“ (Ebd.)

Ausdrücklich betont der Papst, dass sich all diese skandalösen Zustände dem hiesigen wirtschaftlichen System verdanken, eben genau der weltweit gültigen kapitalistischen Art privater Geldvermehrung und ihrer Rechnungsweise. Niemand soll es überhören – darauf legt der Mann Gottes großen Wert – dass „*diese Wirtschaft tötet!*“ Und in diesem Urteil will er sich von niemandem beirren lassen, schon gar nicht von wissenschaftlichen Apologeten des ‚Marktes‘, von deren schönfärberischen Ideologien über das „*herrschende Wirtschaftssystem*“ er gar nichts hält:

„*In diesem Zusammenhang verteidigen einige noch die ‚Überlauf‘-Theorien (trickle-down theories), die davon ausgehen, dass jedes vom freien Markt begünstigte Wirtschaftswachstum von sich aus eine größere Gleichheit und soziale Einbindung in der Welt hervorzurufen vermag. Diese Ansicht, die nie von den Fakten bestätigt wurde, drückt ein undifferenziertes, naives Vertrauen auf die Güte derer aus, die die wirtschaftliche Macht in Händen halten, wie auch auf die sakralisierten Mechanismen des herrschenden Wirtschaftssystems.*“ (Ebd.)

So viel zur Sache und ihrer ideologischen Beschönigung. Was den Papst allerdings noch mehr umtreibt als das Elend und seine ‚systematischen‘ Ursachen, ist die flächendeckende Indolenz dieser Lage gegenüber, die er allenthalben konstatieren muss. Mit dem kleinen Themenwechsel ist er bei seinem eigentlichen hauptberuflichen Anliegen:

der moralischen Gesinnung der Menschheit.

„*Um einen Lebensstil vertreten zu können, der die anderen ausschließt, oder um sich für dieses egoistische Ideal begeistern zu können, hat sich eine Globalisierung der Gleichgültigkeit entwickelt. Fast ohne es zu merken, werden wir unfähig, Mitleid zu empfinden gegenüber dem schmerzvollen Aufschrei der anderen, ... noch sind wir daran interessiert, uns um sie zu kümmern, als sei all das eine uns fernliegende Verantwortung, die uns nichts angeht. Die Kultur des Wohlstands betäubt uns, und wir verlieren die Ruhe, wenn der Markt etwas anbietet, was wir noch nicht gekauft haben, während alle diese wegen fehlender Möglichkeiten unterdrückten Leben uns wie ein bloßes Schauspiel erscheinen, das uns in keiner Weise erschüttert...*“ (Ebd.)

Natürlich entsteht Armut nicht dadurch, dass sie dauernd ignoriert wird: „*Gleichgültigkeit*“ gegenüber einem Besitzlosen macht diesen ja nicht

Finanzkrisen Indikatoren für die flächendeckende Manifestation einer „*Leugnung des Vorrangs des Menschen!*“ Und wer die Figuren dieser Verhältnisse daraufhin prüft, ob sie die richtige *Haltung* zum Elend einnehmen, für den sind vom Banker bis zum Bettler *alle gleich*, ein einziges ‚Wir alle‘, dessen Mitglieder sich nur noch in ihrer praktizierten *Moral unterscheiden*. In einem gedanklichen Dreisprung ist so der Kapitalismus erstens als moralische Verfehlung, diese zweitens als Selbstverfehlung des Menschen, und die wiederum drittens als Verstoß gegen nichts Geringeres als den Allerhöchsten dechiffriert:

„*Hinter dieser Haltung verbergen sich die Ablehnung der Ethik und die Ablehnung Gottes.*“ (Ebd.)

So stellt ein Papst die Welt vom Kopf auf die Füße: Nicht durch Gewalt gültig gemachte Interessen, nicht der Inhalt und die Logik einer Reichtumsproduktion, die für den Reichtum in Privat-hand auf der einen und für den Ausschluss von diesem Reichtum auf der anderen Seite sorgt, sind es, die die Verhältnisse bestimmen. Die verdan-

POLITISCHE VIERTELJAHRESZEITSCHRIFT GEGENSTANDSPUNKT 1-14

- Europa geht bis an die Grenzen seiner Methode friedlicher Eroberung und darüber hinaus
Wem gehört die Ukraine?
- Nationale Energiewende mit globaler Perspektive
Imperialistische Konkurrenz um den Weltmarkt für erneuerbare Energien
- China bereitet die ‚volle Konvertibilität‘ des Renminbi vor
Das Volksgeld soll Weltgeld werden
- Exkurs zu „Arbeit und Reichtum“
Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse im Kapitalismus

Im Lesesaal
der UB unter:
H40/Z pol 16.



GegenStandpunkt 1-14
ISBN 978-3-929211-20-7
124 Seiten
€ 15.– (Ebook € 10.–)

Im Buchhandel erhältlich:

Erlangen: *Ex Libris, Bismarckstr. 9*
Fürth: *Edelmann, Fürther Freiheit 2A*
Nürnberg: *Bahnhofsbuchhandlung /
Rüssel, im Frankenzentrum /
Jakob, Hefnersplatz 8 / Frenkel, Fürther Str. 9*

zum Bettler. Ebenso wenig entsteht Armut deshalb, weil die Menschheit nur noch Kauf und Konsum im Sinn hätte – wie erzeugte auch eine solche „*Kultur*“ ihr gerades Gegenteil, den massenhaften Ausschluss vom Genuss? Und schon gleich nicht erklärt sich Armut daraus, dass ihr Anblick keinen mehr „*erschüttert*“. Aber das alles interessiert den Papst auch gar nicht. Der Hauptskandal der Armut liegt für ihn sowieso in *fehlender Abhilfe* und in der *Gleichgültigkeit* derer, die nichts dagegen tun. Die einzige Frage, die ihn angesichts dessen umtreibt, ist folgerichtig die nach dem Ursprung dieser Gesinnung. Und *die* ist dem Stellvertreter Gottes wirklich gar kein Rätsel; die unfehlbare Antwort dazu hat er nämlich längst parat:

„*Einer der Gründe dieser Situation liegt in der Beziehung, die wir zum Geld hergestellt haben, denn friedlich akzeptieren wir seine Vorherrschaft über uns und über unsere Gesellschaften. Die Finanzkrise, die wir durchmachen, lässt uns vergessen, dass an ihrem Ursprung eine tiefe anthropologische Krise steht: die Leugnung des Vorrangs des Menschen! Wir haben neue Götzen geschaffen. Die Anbetung des antiken goldenen Kalbs (vgl. Ex 32,1-35) hat eine neue und erbarmungslose Form gefunden im Fetischismus des Geldes und in der Diktatur einer Wirtschaft ohne Gesicht und ohne ein wirklich menschliches Ziel.*“ (Ebd.)

Wer in der Welt die Menschlichkeit vermisst, für den stellen sich auch komplizierte Sachverhalte glasklar dar. Für den sind Ökonomie und

ken sich stattdessen ganz der (Nicht-)Betätigung von *Werten*, die als ideelle, *eigentliche* Handlungsanweisungen für den Menschen absolute Gültigkeit beanspruchen. Also muss sich genau eines ändern: die Gottvergessenheit, was automatisch auch dem Geld wieder seine einzig richtige Rolle zuweist – nämlich die, Mittel fürs Gute zu sein:

„*Das Geld muss dienen und nicht regieren! Der Papst liebt alle, Reiche und Arme, doch im Namen Christi hat er die Pflicht daran zu erinnern, dass die Reichen den Armen helfen, sie achten und fördern müssen. Ich ermahne euch zur uneigennütigen Solidarität und zu einer Rückkehr von Wirtschaft und Finanzleben zu einer Ethik zugunsten des Menschen.*“ (Ebd.)

Wer als Christ in die kapitalistische Welt mit ihren Finanzpalästen und Hungertoten blickt, der entdeckt in der großen moralischen ‚Wir‘-Gemeinschaft eine sehr nützliche Zweiklassengesellschaft, bestehend aus denjenigen, die *haben*, und denjenigen, die *brauchen*. Aus dem gesellschaftlich erzeugten *Gegensatz* von Arm und Reich wird ein wunderbares *Ergänzungsverhältnis*: Die Armen eröffnen den Reichen die Chance, sich durch helfende Nächstenliebe als „*uneigennützig solidarische*“ Instrumente Gottes zu bewähren. Und das Schöne dabei ist, dass im Grunde niemand von dem Genuss ausgeschlossen wird, „*den Armen [zu] helfen*“. Denn die entscheidende Beitrittsvoraussetzung zu dieser Heilsarmee besteht ja weniger in dem Umfang des Besitzstands als vielmehr in der Größe der Tugendhaftigkeit →

Lehren aus der Ukraine-Krise über den Imperialismus der „Friedensmacht“ EU

Es funktioniert auf Ansage: In ihren feierlichen Reden zum Jahreswechsel haben Kanzlerin und Bundespräsident festgestellt, Deutschland sei einfach zu groß, um bei internationalen Krisen eine untergeordnete Rolle zu spielen, und sie haben „mehr deutsche Verantwortung“ und aktiveres Eingreifen angekündigt. Wenige Monate später haben sie in der Ukraine die – nach eigener Auskunft – schlimmste Krise in Europa seit dem Mauerfall vom Zaun gebrochen; so schlimm, dass manche von einem neuen kalten oder gar heißen Krieg warnen.

Schuld daran ist, wie stets, die andere Seite: Erst der ukrainische Präsident Janukowitsch, der seine Unterschrift unter das Assoziationsabkommen mit der EU verweigert hat, dann die russischsprachigen Landesteile im Süden und Osten der Ukraine, schließlich vor allem Putins Russland.

Was Merkel und ihre EU-Kollegen treiben, entdecken und verurteilen sie am russischen Präsidenten:

– Ihm sagen sie Großmacht-Allüren und imperiale Absichten nach. Er wolle den Raum der ehemaligen Sowjetunion als russische Einflusszone bewahren, obwohl „die Zeit der Einflusszonen endgültig vorbei ist!“ Das sagt ihm allen voran die deutsche Kanzlerin Merkel, die die Ukraine jetzt „umso schneller in die EU einbinden wird.“

– Merkel wirft Putin vor, er destabilisiere die Ukraine, weil er Anträge aus der Krim und vielleicht auch aus der Ostukraine, das Gebiet in die russische Föderation aufzunehmen, ermutigt. Der Vorwurf kommt von einer deutschen Kanzlerin, die nichts unversucht gelassen hat, den Staat des kaputten, zwischen seinen östlichen und westlichen Abhängigkeiten hin- und hergerissenen Landes zu destabilisieren, solange ein nicht willfähriger Präsident dort an der Macht war. Deutsche Politprominenz hat den Umsturz in Kiew ermutigt, zum Durchhalten aufgerufen und ihm die Unterstützung ganz Westeuropas zugesichert – und damit das Land endgültig zerrissen.

– Der pro-westliche Umsturz mit all seinen glühenden Nationalisten und teilweise bewaffneten Demonstranten, mit seiner Lahmlegung des nationalen Lebens, den Besetzungen und Verwüstungen von Ministerien – ein Aufruhr wie ihn

sich keine westliche Demokratie gefallen lässt –: dieser Umsturz ist für die EU friedlich, demokratisch, authentischer Ausdruck des ukrainischen Volkswillens, der gilt selbstverständlich verbindlich für das ganze Volk einschließlich der dagegen aufbegehrenden Ostukrainer und muss unbedingt gegen russische Bedrohung und Übergriffe geschützt, also unter die schützende westliche Vormundschaft von USA, EU und Nato gestellt werden. Die im Vergleich dazu gesittete Volksabstimmung auf der Krim über den Beitritt zu Russland dagegen ist für sie illegal, undemokratisch, eine Farce, die nichts gilt, und Russlands Berufung auf bedrohte russische Bürger eine leicht zu durchschauende Bemäntelung der rücksichtslosen Machtübergriffe des neuen Moskauer Zaren auf ein unabhängiges Land. Die europäischen Schutzherren des Selbstbestimmungsrechts der Völker sind eben so freundlich, auch gleich die Kollektive zu definieren, die sie als Völker gelten lassen, denen Selbstbestimmung und deren Anführern das Staatswesen zusteht, und welche Ausrichtung des Staatswillens ihren machtvollen Schutz verdient; und die, für die das Gegenteil gilt.

Dabei ist die Quelle dieser Unterscheidung zwischen Recht und Unrecht kein Rätsel: Legitim sind nach dem Richterspruch des Westens in der Ukraine die politischen Kräfte, die sich als Statthalter der EU und ihr Land als deren Hinterland anbieten; illegitim sind diejenigen, die sich dem europäischen Anschluss entgegenstellen. Russland liest diese Gleichung von Recht und Interesse entgegengesetzt. Beide fordern voneinander, sich aus der Ukraine herauszuhalten. Die westlichen Mächte meinen und betreiben dabei von Anfang an den Anschluss an und die Unterstellung der Ukraine unter die EU und Nato und damit die Erledigung russischen Einflusses. Russland ist entschlossen, den zu verteidigen. So steht Recht gegen Recht – und der friedliche Verkehr der beiden großen „Nachbarn“ nimmt folgerichtig den Charakter einer Mobilisierung von Macht- und Gewaltmitteln zur Durchsetzung des jeweils beanspruchten Rechts an. Dabei versichert Merkel ihren Bürgern: „Zum Krieg wird es nicht kommen“ – und gibt damit zu Protokoll, was sie alles ins Kalkül zieht.

Montag, 12. Mai, 19:15 Uhr, Sprecherrat (1. OG), Turnstr. 7, Erlangen

→ des Besitzers; von daher kommt nicht nur das Dienstpersonal der Wirtschaft, das aber schon mal auf alle Fälle, in den christlichen Genuss, gewissenhaft seine materialistische Einstellung hinterfragen zu dürfen. Und wenn sich die Handlanger und Profiteure des eben noch ‚mörderischen‘ Kapitalismus barmherzig zu ihren Opfern neigen und ihnen ein paar Almosen hinwerfen, dann hat das Reich Christi auf Erden schon so gut wie Einzug gehalten...

Hilfe für die Armen, „uneigennützig Solidarität“, eine „Ethik zugunsten des Menschen“: Wenn die menschliche Gesellschaft ein einziger Ruf nach tätiger Nächstenliebe ist, dann produziert ihre Ökonomie offenbar lauter Not. Nur dann erwächst das unsinnige Bedürfnis, die Verhältnisse um eine ihrem Wirken entgegengesetzte Tugendleistung

ihrer Insassen zu ergänzen, die wie selbstverständlich von laufend produzierter Armut ausgeht. Aber nicht zuletzt dafür gibt es ja Religion, und dazu ist ein religiöser Führer da: Um den billigen Idealismus, den die Welt der kapitalistischen Sachzwänge sich gönnt, in den Rang eines Höchstwerts zu erheben, dessen Verehrung alle realen Übel zwar nicht wirklich korrigiert, aber ziemlich bedeutungslos erscheinen lässt. ●

Dieser Artikel ist in der aktuellen Ausgabe der **Zeitschrift GegenStandpunkt** erschienen. Darin findet sich auch ein zweiter Teil, der die Reaktionen der freien Presse auf die Äußerungen des Papstes zum Thema hat: „Viel Kopfschütteln unter den journalistischen Spin-Doctors unseres Wirtschaftssystems“ Siehe Kasten im Innenteil!

Der Lärm um Frankfurt wird GRÜN

Vor der Regierungsbildung zwischen der CDU und Bündnis 90/Die Grünen in Hessen sah die Welt rund um Frankfurt äußerst düster aus: „Die schwarz-gelbe Landesregierung steht vor den Trümmern ihrer Flughafenpolitik. Wissen Sie eigentlich, was Sie den Bürgerinnen und Bürgern zugemutet haben, und was Sie ihnen weiterhin zumuten? ... Wir brauchen eine Lärmobergrenze. Wir brauchen ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr.“ (Al-Wazir in einer Wahlkampfrede vom 13.09.2013)

Seit dem 17.12.2013 ist die hessische Flughafenwelt wieder in Ordnung. Im Koalitionsvertrag bekennen sich Bündnis 90/Die Grünen ausdrücklich zu den bisher beschlossenen Ausbauplänen und Flugrouten, denn „der Flughafen Frankfurt hat nicht nur als Standortfaktor und für die dortigen Arbeitsplätze eine große wirtschaftliche Bedeutung weit über das Rhein-Main-Gebiet und Hessen hinaus. Deshalb wollen die Koalitionspartner, dass er auch in Zukunft wettbewerbsfähig bleibt.“ (FR, 19.12.2013)

Wer jetzt denkt: „Typisch! Vorher schön reden, Lärmschutzmaßnahmen, Nachtflugverbote, Rücksicht auf die Leute ankündigen und das Blaue vom Himmel versprechen – und nach der Wahl von allem nichts mehr wissen wollen!“ – der verpasst das Entscheidende. Man mag sich bei der Wahl einbilden, was man will: Fakt ist, dass man mit seinem Votum Politiker dazu ermächtigt, die eigenen Lebensbedingungen zu regeln. Die liegen dann ganz in Händen derer, die an der Macht sind, und sind ein einziges Derivat der im Amt beschlossenen politischen Notwendigkeiten, das sie bekleiden. Und so macht die Hoffnung auf Lärmstopp am Tag und Ruhe in der Nacht rund um den Frankfurter Flughafen ihre ganz folgerichtige demokratische Karriere: Sie nimmt Fahrt auf und gedeiht, weil und solange der Wahlkämpfer Al-Wazir sich den Lärmgeplagten als Träger ihrer Hoffnungen präsentiert, damit sie ihn an die Macht wählen. Hat es damit geklappt und ist im Zuge der Regierungsbeteiligung von Bündnis 90/Die Grünen in Hessen aus dem grünen Hoffnungsträger der hessische Wirtschaftsminister geworden, ist der Wunsch der Bürger nach ein bisschen Nachtruhe selbstverständlich auch weiterhin bei ihm in besten Händen. Nur kann er eben beim besten Willen nicht viel für ihn tun. Sein Job bietet ihm darauf zu achten, dass „Hessen auch in Zukunft wettbewerbsfähig bleibt“, und wenn er als Grüner seinen Wählern glaubhaft versichert, dass Lärmobergrenzen zwar schon fein für die Bürger wären, mit Hessens Zukunft aber absolut unverträglich sind, sollte man das nicht als Schwindel durchschauen wollen, sondern ganz sachlich als konsequentes Ergebnis einer Wahl zur Kenntnis nehmen: Die an die Regierung Gewählten tun, was die Pflichten ihres Amtes sind, und zu nichts anderem sind sie gewählt worden. ●

Newsletter für alle Termine und die SHZ:
Eintragen auf www.sozialistischegruppe.de

Mitschnitte unserer Vorträge auf YouTube:
<http://video.sozialistischegruppe.de>